

Entwurf
(zur Verbandsbeteiligung freigegeben)

**Gesetz
zur Änderung des Niedersächsischen Heimgesetzes**

Artikel 1

Das Niedersächsische Heimgesetz vom 29. Juni 2011 (Nds. GVBl. S. 196) wird wie folgt geändert:

1. Die Präambel wird gestrichen.
2. § 1 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 1 Satz 2 erhält folgende Fassung:

„²Heime im Sinne dieses Gesetzes sind auch ambulant betreute Wohngemeinschaften nach Absatz 3 und Formen des betreuten Wohnens nach Absatz 4.“
 - b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:
 - aa) Nummer 1 erhält folgende Fassung:

„1. ältere Menschen, pflegebedürftige Menschen oder Menschen mit Behinderungen aufzunehmen,“.
 - bb) Nummer 3 erhält folgende Fassung:

„3. für sie Pflege- oder Betreuungsleistungen oder Leistungen der Eingliederungshilfe zur Verfügung zu stellen oder vorzuhalten.“

c) Die Absätze 3 bis 5 erhalten folgende Fassung:

„(3) Ambulant betreute Wohngemeinschaften im Sinne des Absatzes 1 Satz 2 sind solche Wohngemeinschaften, in denen volljährigen Personen Wohnraum überlassen wird zum Zwecke des Lebens in einer Haushaltsgemeinschaft, in der sie aufgrund einer länger als zwei Jahre dauernden, mit dem Mietverhältnis verbundenen, vertraglichen Verpflichtung von nicht frei wählbaren Dienstleistern entgeltliche ambulante Pflege- oder Betreuungsleistungen oder ambulante Leistungen der Eingliederungshilfe in Anspruch nehmen.

(4) Formen des betreuten Wohnens im Sinne des Absatzes 1 Satz 2 sind solche Wohnformen, in denen volljährigen Personen Wohnraum überlassen wird und in denen sie aufgrund einer länger als zwei Jahre dauernden, mit dem Mietverhältnis verbundenen, vertraglichen Verpflichtung von nicht frei wählbaren Dienstleistern entgeltliche ambulante Leistungen in Anspruch nehmen, die über allgemeine Unterstützungsleistungen wie Leistungen der hauswirtschaftlichen Versorgung, Notrufdienste, Informations- und Beratungsleistungen oder die Vermittlung von Pflege- oder Betreuungsleistungen oder Leistungen der Eingliederungshilfe hinausgehen.

(5) ¹Keine Heime sind solche ambulant betreuten Wohngemeinschaften, in denen die Bewohnerinnen und Bewohner persönlich oder die für sie handelnden Personen spätestens zwei Jahre nach der Gründung der Wohngemeinschaft die Dienstleister für die in Absatz 3 genannten Leistungen und in Bezug auf Leistungen nach dem Elften Buch des Sozialgesetzbuchs die Art und den Umfang der Leistungen jederzeit frei wählen können. ²Keine Heime sind solche Formen des betreuten Wohnens, in denen die Bewohnerinnen und Bewohner persönlich oder die für sie handelnden Personen spätestens zwei Jahre nach dem Einzug der Bewohnerin oder des Bewohners die Dienstleister für die im Sinne des Absatzes 4 über allgemeine Unterstützungsleistungen hinausgehenden Leistungen jederzeit frei wählen können.“

d) In Absatz 6 werden die Worte „selbstbestimmte Wohngemeinschaften“ durch die Worte „ambulant betreute Wohngemeinschaften und Formen des betreuten Wohnens im Sinne des Absatzes 5“ ersetzt.

3. In § 3 Nr. 3 werden das Wort „selbstbestimmter“ gestrichen und nach dem Wort „Wohngemeinschaften“ die Worte „im Sinne des § 1 Abs. 5“ eingefügt.

4. § 4 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 1 Satz 1 werden nach dem Wort „Heims“ die Worte „im Sinne des § 1 Abs. 2“ eingefügt.
- b) Es wird der folgende Absatz 6 angefügt:

„(6) ¹Die Heimaufsichtsbehörde kann auf Antrag der Mehrheit der Bewohnerinnen und Bewohner eines Heims im Sinne des § 1 Abs. 1 Satz 2 eine Bewohnerfürsprecherin oder einen Bewohnerfürsprecher bestellen. ²§ 21 Abs. 1 und 2 und die §§ 22, 23, 24 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 der nach § 17 Abs. 2 Nr. 3 weiter anzuwendenden Verordnung gelten entsprechend.“

5. § 5 Abs. 2 wird wie folgt geändert:

- a) In Nummer 3 werden die Worte „behinderten Menschen“ durch die Worte „volljährigen Menschen mit Behinderungen“ ersetzt.
- b) Nummer 6 erhält folgende Fassung:

„6. sichergestellt wird, dass das Erreichen der Ziele der Eingliederungshilfe für volljährige Menschen mit Behinderungen gefördert wird und zu diesem Zweck auf der Grundlage der sozialhilferechtlichen Teilhabe- und Hilfeplanung heiminterne Förder- und Hilfepläne aufgestellt werden und deren Umsetzung aufgezeichnet wird,“.

- c) In Nummer 9 werden die Worte „behinderter volljähriger Menschen“ durch die Worte „volljähriger Menschen mit Behinderungen“ ersetzt.

6. § 7 wird wie folgt geändert:

- a) Absatz 5 wird wie folgt geändert:

- aa) Satz 1 erhält folgende Fassung:

„¹Wer als Träger eines ambulanten Dienstes entgeltliche Pflege- oder Betreuungsleistungen oder Leistungen der Eingliederungshilfe in einer Wohngemeinschaft von mehr als vier pflegebedürftigen volljährigen Menschen oder

volljährigen Menschen mit Behinderungen erbringt oder erbringen will, hat dies der Heimaufsichtsbehörde anzuzeigen.“

bb) Satz 3 erhält folgende Fassung:

„³Die Anzeige muss enthalten

1. die Anschrift und das Gründungsdatum der Wohngemeinschaft sowie die Namen der Bewohnerinnen und Bewohner,
2. eine Kopie der Mietverträge und der mit den Bewohnerinnen und Bewohnern geschlossenen Verträge über die Leistungserbringung, ohne dass deren Namen erkennbar sind.“

b) Es wird der folgende Absatz 6 angefügt:

„(6) ¹Der Träger eines ambulanten Dienstes im Sinne des Absatzes 5 Satz 1 hat der Heimaufsichtsbehörde spätestens zwei Jahre nach der Gründung einer ambulant betreuten Wohngemeinschaft oder nach dem Einzug der Bewohnerin oder des Bewohners in eine Form des betreuten Wohnens mitzuteilen, für welche Anbieterin oder welchen Anbieter ambulanter Leistungen und für welche Art und welchen Umfang von Leistungen nach dem Elften Buch des Sozialgesetzbuchs die Bewohnerin oder der Bewohner sich entschieden hat. ²Der Anzeige ist eine Bestätigung der Bewohnerinnen und Bewohner beizufügen, aus der sich ergibt, dass der Dienstleister frei gewählt worden ist.“

7. § 9 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 erhält folgende Fassung:

„3. nach den Regelungen, die nach § 17 Abs. 2 und 3 weiter anzuwenden sind,“.

8. § 13 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Die Heimaufsichtsbehörde hat den Betrieb eines Heims zu untersagen, wenn die Anforderungen des § 5, einer aufgrund des § 17 Abs. 1 Nr. 1 oder 2 erlassenen oder nach § 17 Abs. 2 Nr. 1 oder 2 oder Abs. 3 Nr. 1 oder 2 weiter anzuwendenden Verordnung nicht erfüllt sind und Anordnungen nach den §§ 11 und 12 nicht ausreichen.“

9. § 17 wird wie folgt geändert:

- a) In Absatz 2 werden im einleitenden Satzteil nach dem Wort „sind“ die Worte „für Heime im Sinne des § 1 Abs. 2“ eingefügt.

b) Es wird der folgende Absatz 3 angefügt:

„(3) Bis zum Inkrafttreten der in Absatz 1 genannten Verordnungen sind für Heime im Sinne des § 1 Abs. 1 Satz 2 weiter entsprechend anzuwenden:

1. für ambulant betreute Wohngemeinschaften und Formen des betreuten Wohnens mit mindestens sechs Bewohnerinnen oder Bewohnern § 2, ausgenommen die Klammerzusätze, die §§ 4, 12, 29 Abs. 1 Satz 1 und § 31 HeimMindBauV,
2. die §§ 2 und 3 HeimPersV und
3. § 25 Abs. 2 bis 4, § 26 Abs. 1 Nrn. 1 bis 3, Abs. 2 und 3, die §§ 27 und 28 Abs. 2 bis 4, § 29 Nrn. 2 und 7 und § 30 Nrn. 5 bis 11 HeimmwV.“

10. In § 19 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 Buchst. a werden die Worte „behinderte volljährige Menschen“ durch die Worte „volljährige Menschen mit Behinderungen“ ersetzt.

Artikel 2

Dieses Gesetz tritt am Tag nach seiner Verkündung in Kraft.

Begründung

A. Allgemeiner Teil

1. Anlass, Ziele und Schwerpunkte des Entwurfs

1.1 Anlass

Menschen, die in ein Heim einziehen, begeben sich in ein besonderes Abhängigkeitsverhältnis. Um ein Ausnutzen dieser dauerhaften strukturellen Abhängigkeit zu verhindern, wurde 1975 das Heimgesetz des Bundes verabschiedet, das am 1. Januar 2002 umfassend novelliert worden ist.

Am 29. Juni 2011 hat der Gesetzgeber des Landes Niedersachsen die im Zuge der Föderalismusreform auf das Bundesland übergegangene Rechtsetzungskompetenz wahrgenommen und das am 6. Juli 2011 in Kraft getretene Niedersächsische Heimgesetz (NHeimG) verabschiedet. Mit diesem Gesetz, dem die zentrale Aufgabe zukommt, den Schutz der Interessen und Bedürfnisse von Bewohnerinnen und Bewohnern im Heimalltag sicherzustellen, wurden zahlreiche Regelungen des Bundesrechts überarbeitet mit dem Ziel, Rechtssicherheit zu schaffen und das Entstehen neuer Wohnformen zu unterstützen.

Um dieses Ziel zu erreichen, differenziert das Niedersächsische Heimgesetz zwischen nicht selbstbestimmten Wohngemeinschaften, die vom Geltungsbereich des Gesetzes erfasst werden, und selbstbestimmten Wohngemeinschaften, die außerhalb seines Geltungsbereichs stehen. In der Praxis haben sich diese Abgrenzungsregeln insbesondere aus Sicht der niedersächsischen Wohnungswirtschaft, aber auch der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (LAG FW) nicht bewährt, weil sie die Entstehung und Weiterentwicklung alternativer Wohnformen unnötig erschwert und in vielen Fällen verhindert haben.

Zum einen ist Grundlage der derzeitigen Regelungen im Niedersächsischen Heimgesetz die im Vorfeld der ersten Heimrechtsreform in allen Bundesländern diskutierte Annahme, dass immer mehr Menschen auch bei Pflegebedürftigkeit alternative Wohnformen einschließlich Pflege- und Betreuungsleistungen selbständig und unbeeinflusst durch Dritte organisieren wollen. Tatsächlich setzt sich jedoch aufgrund der bisher in der Praxis gemachten Erfahrungen die Erkenntnis durch, dass ambulant betreute Wohnformen in der Regel gerade nicht von den Bewohnerinnen und Bewohnern selbst initiiert werden, sondern entsprechende Angebote von Dritten, in der Regel Betreibern, vorbereitet werden müssen. Insbesondere die im Verband der niedersächsischen Wohnungswirtschaft zusammengeschlossenen Mitgliedsunternehmen, aber auch die in der

LAG FW zusammengeschlossenen Verbände sehen in der Praxis einen dringenden Bedarf, ein Angebot von trägergebundenen gemeinschaftlichen Wohnformen für ältere und pflegebedürftige Menschen zu entwickeln, die von Anbietern der Wohnungswirtschaft und mit diesen kooperierenden ambulanten Dienstleistern gemeinsam betrieben werden. Darin wird die entscheidende Voraussetzung dafür gesehen, dass sich in Niedersachsen alternative Wohnformen besser als bisher entwickeln können. Trägergebundene Angebote seien aber in Anbetracht der aktuellen ordnungsrechtlichen Bestimmungen des Niedersächsischen Heimgesetzes heute nicht oder nur unter unzumutbaren Schwierigkeiten möglich.

Darüber hinaus geben aktuelle Entwicklungen in der niedersächsischen Rechtsprechung Anlass, den Anwendungsbereich des Gesetzes gerade auch im Hinblick auf Menschen mit demenzbedingten Fähigkeitsstörungen im Sinne des § 45 a Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 des Elften Buchs des Sozialgesetzbuchs (SGB XI) klarzustellen.

Auch im parlamentarischen Raum haben die derzeitigen Regelungen des Niedersächsischen Heimgesetzes, die letztlich solche Entwicklungen ermöglicht haben, eine aufmerksame Begleitung gefunden.

Im Koalitionsvertrag der die Landesregierung tragenden Parteien wurde im Interesse einer Ausrichtung auf die demographischen Herausforderungen und der Stärkung der ambulanten Pflege nach dem Grundsatz „ambulant vor stationär“ vereinbart, eine Anpassung des Niedersächsischen Heimgesetzes vorzunehmen, um die Bildung innovativer, selbstbestimmter Wohnformen wie Demenz-Wohngemeinschaften zu sichern. Darüber hinaus soll älteren Menschen, die auf Hilfe angewiesen sind, so lange wie möglich ein selbstbestimmtes Leben und Wohnen ermöglicht und gemeinschaftliches Wohnen im Alter – auch für an Demenz Erkrankte – gefördert werden.

Im Ländervergleich gestaltet sich die Entwicklung alternativer Wohnformen höchst unterschiedlich. In Rheinland-Pfalz liegt die Anzahl alternativer Wohnformen, gemessen an der Zahl der stationären Einrichtungen für ältere und pflegebedürftige Volljährige, bei mittlerweile rund 50 %, in Mecklenburg-Vorpommern bei etwa 65 %. In Berlin stehen den Heimen für pflegebedürftige Volljährige mittlerweile mehr als doppelt so viele alternative Wohnformen gegenüber. Dagegen liegt der entsprechende Anteil alternativer Wohnformen in Niedersachsen bei etwa 7 %.

1.2 Ziele

Diese Entwicklung kann, auch wenn sie sich in anderen Flächenländern zum Teil noch ungünstiger als in Niedersachsen darstellen mag, nicht befriedigen. Es ist daher dringend erforderlich, die gesetzlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass ältere

auf Hilfe und Betreuung angewiesene Menschen so lange wie möglich selbstbestimmt leben und auch gemeinschaftlich wohnen können, auch soweit sie an demenziellen Erkrankungen leiden. Im Interesse der Stärkung der ambulanten Pflege ist eine Anpassung der gesetzlichen Voraussetzungen erforderlich, um die Gründung alternativer Wohnformen zu erleichtern. Es ist der weit überwiegenden Mehrheit älterer und pflegebedürftiger Menschen in der Praxis kaum möglich, die organisatorischen und vernetzenden Aufgaben zu bewältigen, die mit der Gründung einer Wohngemeinschaft verbunden sind und ihr üblicherweise vorausgehen. Daher sollen mit dem Gesetzentwurf praxistaugliche Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass künftig Wohnmodelle und Betreuungssettings angeboten werden können, mit denen den Interessenten ihren Bedürfnissen entsprechende und passgenau auf sie zugeschnittene Angebote gemacht werden können, die ihre Interessen und tatsächlichen Möglichkeiten besser berücksichtigen, als das nach der bisherigen Rechtslage möglich war.

Durch die Änderungen des Niedersächsischen Heimgesetzes soll in Niedersachsen der Entwicklung von Wohngemeinschaften und der Pluralität alternativer Wohnformen im erforderlichen Umfang Raum gegeben werden. Es ist zu erwarten, dass in kurzer Zeit zahlreiche Wohnmodelle in unterschiedlichster Konstellation angeboten werden und Interessenten eine Vielzahl alternativer Wohnformen zur Verfügung stehen werden. Mit der Ermöglichung der weitestgehend uneingeschränkten Wahl verschiedenster, mit dem Wohnen angebotener Betreuungssettings ist naturgemäß eine Beschränkung der staatlichen Kontrollfunktion sowie die Übernahme von Verantwortung durch die Bewohnerinnen und Bewohner selbst oder ihre Betreuerinnen und Betreuer verbunden.

Wer sich bewusst für eine Wohnform entscheidet, in der ordnungsrechtlichen Mechanismen, z. B. während einer zeitlich feststehenden Gründungsphase von höchstens bis zu zwei Jahren, keine umfassende Rolle zukommt, übernimmt damit zugleich die Verantwortung für die Wahrung seiner Interessen und Bedürfnisse im Rahmen der allgemeinen Rechtsordnung.

Um die Entwicklung und die Vielfalt alternativer Wohnformen und Betreuungssettings zu unterstützen und zu fördern, werden künftig die Anbieter von Wohnraum sowie die Träger ambulanter Dienste die Möglichkeit haben, im Interesse der Gründung von Wohngemeinschaften miteinander zu kooperieren oder Leistungen der Vermietung und Betreuung aus einer Hand anzubieten. Der Anwendungsbereich des Gesetzes wird erst dann ausgelöst, wenn Menschen in derartigen Wohnformen in dauerhafter struktureller Abhängigkeit leben.

Strukturelle Abhängigkeit besteht immer dann, wenn die zentralen Lebensbereiche des Wohnens und der Betreuung vertraglich für die Bewohnerinnen und Bewohner untrenn-

bar miteinander verbunden sind und diese die strukturelle Abhängigkeit begründende Verbindung dauerhaft besteht. Ausgehend von den in der Praxis gemachten Erfahrungen, dass es dem Wunsch der Anbieterseite, aber auch der Bewohnerinnen und Bewohner entspreche, neue Wohnformen zunächst als Komplettlösung, also als Lösung aus einer Hand oder in gezielter Zusammenarbeit anzubieten oder angeboten zu bekommen, ist für die Prüfung der Dauerhaftigkeit ein realistischer Zeitrahmen zugrunde zu legen, der es den Bewohnerinnen und Bewohnern sowie den Betreibern ermöglicht, Anfangsherausforderungen einer Startphase zu meistern und hierbei Planungssicherheit zu haben. Nach Ablauf einer solchen Startphase müssen die Bewohnerinnen und Bewohner, gegebenenfalls vertreten durch ihre gesetzlichen Betreuerinnen und Betreuer, die Möglichkeit haben, die ambulanten Dienstleister sowie Art und Umfang der Betreuungsleistungen frei zu wählen, ohne dass diese Wahl – in welcher Form auch immer – eingeschränkt wird.

Die Übertragung der zum ambulant betreuten Gemeinschaftswohnen entwickelten Grundsätze auf das betreute Wohnen sowie die Streichung des § 1 Abs. 5 Nr. 2 NHeimG sollen die Entwicklung und das Entstehen auch dieser Wohnformen erleichtern und fördern.

Weiteres Ziel des Gesetzentwurfes ist es, auch Menschen mit demenzbedingten Fähigkeitsstörungen die Möglichkeit zu eröffnen, künftig in modernen alternativen Wohnformen leben zu können.

Durch eine Veränderung der Anzeigepflichten des § 7 Abs. 5 NHeimG sowie durch Ergänzung des § 7 um einen weiteren Absatz 6 soll die dauerhafte strukturelle Unabhängigkeit von in alternativen Wohnformen lebenden Menschen nach Abschluss der Gründungsphase sichergestellt werden.

Letztlich ist das Niedersächsische Heimgesetz sprachlich an die UN-Behindertenrechtskonvention anzupassen.

1.3 Inhaltliche Schwerpunkte

Zentraler Schwerpunkt des Gesetzentwurfs ist die an den praktischen Erfordernissen orientierte Anpassung des § 1 Abs. 3 NHeimG.

Die flächendeckende Entstehung alternativer Wohnformen in Niedersachsen ist durch die bisher im Gesetz enthaltenen Bestimmungen insbesondere des § 1 Abs. 3 Nrn. 1 und 2 behindert worden. An dem Grundsatz, dass die Geltung des Heimrechts insgesamt bereits am ersten Tag des Bestehens einer alternativen Wohnform dann ausgelöst wird, wenn die Leistungen der Vermietung, Pflege, Betreuung oder Eingliederungshilfe von einem Dritten aus einer Hand oder von Personen oder Unternehmen erbracht

werden, die rechtlich oder tatsächlich miteinander verbunden sind, wird nicht mehr festgehalten. Damit löst sich der Gesetzentwurf allerdings nicht von der Tatsache, dass das Element der Selbstbestimmung einer Wohngemeinschaft, die ihren Ausdruck in dem freien Wahlrecht findet, auch weiterhin das entscheidende Abgrenzungskriterium zwischen solchen Wohnformen ist, in denen ein Schutzbedarf der Bewohnerinnen und Bewohner besteht, und solchen, bei denen dies nicht oder in minderem Ausmaß der Fall ist. Um die Gründung alternativer Wohnformen zu fördern und den vielfältigen Initiativen Raum zu geben, die bisher durch die Bestimmungen des Niedersächsischen Heimgesetzes verhindert wurden, ist es erforderlich, zunächst während einer auf maximal zwei Jahre befristeten Gründungsphase einer Wohngemeinschaft eine strukturelle Abhängigkeit der Bewohnerinnen und Bewohner von einem Vermieter und/oder dem Träger eines ambulanten Dienstes hinzunehmen. Nach Abschluss dieser Start- und Gründungsphase, in der die Bewohnerinnen und Bewohner auch Gelegenheit haben, das Zusammenleben in einer alternativen Wohnform mit anderen zu erproben und sich als Gemeinschaft zusammenzufinden, ist es nicht mehr gerechtfertigt, sie in der Wahl ihres ambulanten Dienstleisters oder bei der Wahl von Inhalt und Umfang seiner Dienstleistungen zu beschränken. Desgleichen ist es nicht gerechtfertigt, einer Gruppe von Menschen, die selbstbestimmt zusammenleben wollen, die Wahl der von ihnen gewünschten Dienstleister durch rechtliche Vorgaben oder durch die Konsequenzen normativer Regelungen zu erschweren. Daher ist es künftig auch möglich, dass die Mitglieder einer Wohngemeinschaft den ambulanten Dienstleister wählen können, der ihre Betreuung bereits während der Gründungsphase übernommen hat. Dies gilt unabhängig von der Frage, ob die ambulanten Betreuungsleistungen von einem Vermieter erbracht werden oder von einem Dritten, der mit ihm eng zusammenarbeitet. Die freie Wahl beendet die strukturelle Abhängigkeit. Dort, wo eine solche freie Wahl nicht stattfindet, besteht jedoch auch weiterhin ein Schutzbedarf der Bewohnerinnen und Bewohner.

Die Regelung des § 1 Abs. 3 Nr. 4 NHeimG war zu streichen, weil die freie Wahl der Bewohnerinnen und Bewohner die strukturelle Abhängigkeit beendet. Wenn diese mit dem tatsächlichen Verhalten von Mitarbeiterinnen oder Mitarbeitern des ambulanten Betreuungsdienstes nicht einverstanden sind, ist es an ihnen oder ihren Betreuerinnen und Betreuern, den Träger des ambulanten Dienstes zur Beachtung der Wünsche der Wohngemeinschaft anzuhalten oder sich für einen anderen Dienstleister zu entscheiden.

Mit dem Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen wird ausdrücklich klargestellt, dass die Verwirklichung der allgemeinen Menschenrechte u. a. voraussetzt, dass Menschen mit und ohne Behinderungen der gleiche Zugang zu Dienstleistungen ermöglicht wird.

Daher soll es in den heimrechtlichen Bestimmungen hinsichtlich der differenzierten alternativen Wohnformen keinen Unterschied mehr geben, ob Menschen mit oder ohne Behinderungen betroffen sind. Menschen mit Behinderungen haben zukünftig grundsätzlich die gleichen Wahlrechte wie Menschen ohne Behinderungen.

Die für ambulant betreute Wohngemeinschaften entwickelten Grundsätze gelten künftig auch im Bereich des betreuten Wohnens. Damit können auch dort Bewohnerinnen und Bewohnern in den ersten zwei Jahren nach Einzug Komplettleistungen angeboten werden, die über allgemeine Unterstützungsleistungen hinausgehen, ohne dass der Geltungsbereich des Gesetzes ausgelöst wird. Die nur schwer vermittelbare Orientierung der Heimeigenschaft an der Entgelthöhe für allgemeine Unterstützungsleistungen wird aufgehoben. Damit wird die Geltung des Gesetzes durch Überschreiten der bisher geltenden finanziellen Höchstgrenzen der Entgelte für allgemeine Unterstützungsleistungen künftig nicht mehr ausgelöst.

Durch den Gesetzentwurf wird des Weiteren klargestellt, dass auch Menschen mit demenzbedingten Fähigkeitsstörungen in ihrem Recht auf Leben in alternativen Wohnformen keinen Einschränkungen mehr unterliegen. Soweit diese Menschen zu einer eigenen Entscheidung rechtlich nicht mehr selbständig in der Lage sind, sind deren Entscheidungen im Rahmen des geltenden Betreuungsrechts mit Unterstützung der Vorsorgebevollmächtigten oder der rechtlichen Betreuerinnen und Betreuer zu treffen, die ihrerseits jenseits der Regelungen des einschlägigen Rechts keinerlei weiteren Beschränkungen unterliegen oder zusätzliche Voraussetzungen erfüllen müssen.

Die Anzeigepflichten der Träger ambulanter Dienste werden der veränderten Rechtslage angepasst. Um eine Umgehung der freien Wahl und damit der Durchsetzung des Schutzzwecks des Gesetzes zu verhindern, müssen künftig das Gründungsdatum der Wohngemeinschaft oder der Einzug in die Form des betreuten Wohnens und die Namen der Bewohnerinnen und Bewohner angezeigt sowie eine anonymisierte Kopie der Mietverträge und der Verträge über die Leistungserbringung vorgelegt werden.

Des Weiteren ist der Heimaufsichtsbehörde die Ausübung der Wahloption anzuzeigen und deren Ergebnis mitzuteilen. Dieser Anzeige ist eine Bestätigung aller Bewohnerinnen und Bewohner beizufügen, aus der sich ergibt, dass die Wahl ohne Einflussnahme Dritter erfolgt ist.

Die Erfahrungen mit dem Niedersächsischen Heimgesetz haben gezeigt, dass insbesondere die Anforderungen der Rechtsverordnungen an die baulichen und personellen Voraussetzungen eines Heimbetriebs bei alternativen Wohnformen dazu führen, dass diese Wohnformen nicht im gewünschten Umfang entstehen können. Derartige Wohnformen sind Angebote, die ihrem Wesen und Charakter nach in der Regel der familiär

geprägten Versorgung in der häuslichen Umgebung sehr nahe kommen und sich somit von vollstationären Wohneinrichtungen stark unterscheiden. Es bedarf daher ordnungsrechtlich abgestufter Lösungen. Da die Ermöglichung des Entstehens dieser Wohnformen als Alternative zur klassischen stationären Versorgung eines der Anliegen der Reform des Niedersächsischen Heimgesetzes darstellt, müssen der Geltungsbereich der Verordnungen sowie deren Anforderungen hier auf ein unverzichtbares Mindestmaß beschränkt werden.

2. Wesentliche Ergebnisse der Gesetzesfolgenabschätzung

Die durchzuführende Wirksamkeitsprüfung hat ergeben, dass sich die angestrebten Ziele nur durch entsprechende gesetzliche Regelungen erreichen lassen.

Die bisherige Entwicklung ambulant betreuter Wohnformen in Niedersachsen vermag nicht zu befriedigen. Es ist daher dringend erforderlich, die gesetzlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass ältere auf Hilfe und Betreuung angewiesene Menschen so lange als möglich selbstbestimmt leben und auch gemeinschaftlich wohnen können, auch soweit sie an demenziellen Erkrankungen leiden. Im Interesse der Stärkung der ambulanten Pflege ist eine Anpassung der gesetzlichen Voraussetzungen erforderlich, um die Gründung alternativer Wohnformen zu erleichtern und damit Alternativen zur stationären Versorgung zu schaffen. Es wird erwartet, dass die Regelungen dazu führen, dass künftig jeder Interessent ein für ihn subjektiv geeignetes Wohnmodell finden wird.

3. Auswirkungen auf die Umwelt, den ländlichen Raum und die Landesentwicklung

Auswirkungen auf die Umwelt, den ländlichen Raum und die Landesentwicklung bestehen nicht.

4. Auswirkungen auf die Verwirklichung der Gleichstellung von Frauen und Männern

Dieses Gesetz hat auf die Verwirklichung der Gleichstellung von Frauen und Männern keinen Einfluss.

5. Auswirkungen auf die Familie

Auswirkungen auf familienpolitische Belange entfaltet der Gesetzentwurf nicht. Weder hat der Gesetzentwurf unmittelbare oder mittelbare Auswirkungen auf Lebensbereiche von Familien, noch werden Familien von dem Gesetzentwurf in anderer Weise betroffen, als sonstige Personen. Die geplanten Regelungen betreffen ebenfalls nicht die Verbesserung der Lebens- und Gestaltungsbedingungen für Familien. Schließlich

betreffen die Regelungen die für Familien wichtigen Einrichtungen der sozialen Infrastruktur oder Bildungseinrichtungen nicht.

6. Auswirkungen auf Menschen mit Behinderungen

Zielgruppe dieses Gesetzentwurfs sind auch Menschen mit Behinderungen, soweit sie in ambulant betreuten Wohngemeinschaften oder betreuten Wohnformen leben. Künftig ist das Gesetz nicht anzuwenden, wenn Menschen mit Behinderungen innerhalb von zwei Jahren nach Gründung der ambulant betreuten Wohnform den ambulanten Dienstleister frei wählen können. Damit wird den Anforderungen der UN-Behindertenrechtskonvention hinsichtlich der Gleichbehandlung von Menschen mit und ohne Behinderungen Rechnung getragen. Außerhalb ambulant betreuter Wohnformen ist keine Betroffenheit gegeben.

7. Voraussichtliche Kosten und haushaltsmäßige Auswirkungen

Dem Land entstehen keine Mehrkosten für den Verwaltungsvollzug im Verhältnis zu den bisherigen Regelungen, weil den Heimaufsichtsbehörden durch die geplanten Änderungen keine neuen Aufgaben übertragen werden. Darüber hinaus wird sich gegenüber der bisherigen Rechtslage das Prüfverfahren erheblich vereinfachen und faktisch zu einer Arbeitsentlastung der Heimaufsichtsbehörden führen. In welchem konkreten Umfang sich der Verwaltungsaufwand tatsächlich reduziert, kann nicht benannt werden und hängt von der zukünftigen Entwicklung ab.

8. Beteiligung von Verbänden und Organisationen

(wird nach Abschluss des Beteiligungsverfahrens ergänzt)

9. Anhörung von Landesbeauftragten

Dem Landesbeauftragten für den Datenschutz sowie dem Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen wurde Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.

B. Besonderer Teil

Zu Artikel 1:

Zu Nummer 1 (Präambel):

Wegen der mit dem Gesetzentwurf erfolgten Anpassung an den Sprachgebrauch der UN-Behindertenrechtskonvention ist die Präambel nicht mehr erforderlich. Sie wird auch nicht deshalb benötigt, weil in anderen Rechtsvorschriften des Bundes, Niedersachsens und anderer Länder noch die Begriffe „behinderte Menschen“ und „Behinderte“ gebraucht werden. Es ist ohne Weiteres ersichtlich und zeigt sich an entsprechenden Anpassungen anderer Rechtsvorschriften in Niedersachsen, dass mit der Änderung des Sprachgebrauchs nicht eine inhaltliche Änderung der Regelungen verbunden ist und der Begriff „Menschen mit Behinderungen“ materiell den in älteren Rechtsvorschriften gebrauchten Begriffen „Behinderte“ und „behinderte Menschen“ entspricht. Sämtliche, dem Sprachgebrauch der UN-Behindertenrechtskonvention nunmehr folgenden Regelungen im Bund, in Niedersachsen und in den anderen Ländern verzichten ebenfalls auf eine Erläuterung des Sprachgebrauchs und des Inhalts der verwendeten Begriffe in einer Präambel. Eine Erläuterung ist zudem auch deswegen nicht geboten, weil es bisher keine Anhaltspunkte dafür gibt, dass es zu rechtlichen Unklarheiten wegen des unterschiedlichen Sprachgebrauchs gekommen ist.

Zu Nummer 2 (§ 1):

Zu Buchstabe a (Absatz 1):

Wie bisher wird durch Satz 2 der Geltungsbereich des Gesetzentwurfs für alternative Wohnformen klargestellt.

Zu Buchstabe b (Absatz 2):

Die bisherige landesgesetzliche Bezeichnung „behinderte Menschen“ in Nummer 1 wird redaktionell angepasst an die in der UN-Behindertenrechtskonvention verwendete Bezeichnung „Menschen mit Behinderungen“. In Anlehnung an die Terminologie des Wohn- und Betreuungsvertragsgesetzes wird der Begriff der Betreuung künftig durch die in Nummer 3 gewählte Formulierung ersetzt.

Zu Buchstabe c (Absätze 3 bis 5):

Absatz 3

Absatz 3 regelt, wann eine ambulant betreute Wohngemeinschaft künftig ein Heim ist und unter den Geltungsbereich des Gesetzentwurfs fällt. Während der zweijährigen Gründungsphase ist die Frage der Selbstbestimmung der Wohngemeinschaft zur Abgrenzung zwischen den ambulant betreuten Wohngemeinschaften, die dem Gesetzentwurf unterliegen und solchen, bei denen das nicht der Fall ist, nur noch insofern von Bedeutung, als zu prüfen ist, ob von Anfang an eine Verpflichtung der Bewohnerinnen und Bewohner zur Abnahme von Angeboten eines von vornherein feststehenden ambulanten Dienstleisters unbefristet besteht oder über den Gründungszeitraum von zwei Jahren hinausgeht. Wenn Wohngemeinschaften nicht selbstbestimmt sind, weil die strukturelle Abhängigkeit auf Dauer, also auf einen längeren Zeitraum als zwei Jahre angelegt ist, wird auch künftig der Schutzzweck des Gesetzes ausgelöst. Dies hat zur Folge, dass das Niedersächsische Heimgesetz zur Anwendung kommt. Der Anwendungsbereich der zum Niedersächsischen Heimgesetz geltenden Verordnungen ergibt sich hinsichtlich der Wohnformen des Absatzes 3 aus § 17 Abs. 3. Die Tatsache der eingeschränkten Geltung der Verordnungen wird bei der Entscheidung der Bewohnerinnen und Bewohner, ob sie in ein Heim im Sinne des § 1 Abs. 1 Satz 1 oder 2 einziehen, also ein durch stationäre oder ambulante Elemente geprägtes Betreuungssetting wählen, zu berücksichtigen sein.

Absatz 4

Die Regelung des Absatzes 3 für ambulant betreute Wohngemeinschaften pflegebedürftiger Menschen oder von Menschen mit Behinderungen wird unter teilweiser Anlehnung an die Terminologie des § 1 Abs. 1 Satz 3 des Wohn- und Betreuungsvertragsgesetzes auf das betreute Wohnen übertragen. Auch hier gilt, dass der Schutzzweck der Norm nur ausgelöst wird, wenn hinsichtlich der Leistung des Wohnens und der über allgemeine Unterstützungsleistungen hinausgehenden entgeltlichen Leistungen eine strukturelle Abhängigkeit der Bewohnerin oder des Bewohners vom Betreiber oder einer Betreibergemeinschaft besteht und diese strukturelle Abhängigkeit auf eine Dauer von länger als zwei Jahren angelegt ist. Das bedeutet, dass auch in Formen des betreuten Wohnens künftig über allgemeine Unterstützungsleistungen hinausgehende Leistungen während der ersten zwei Jahre nach Einzug aus einer Hand oder im Leistungsverbund mit dem Wohnen angeboten werden können, ohne dass dadurch die Heimeigenschaft und damit der Geltungsbereich des Gesetzes ausgelöst wird.

Die Regelungen des § 1 Abs. 5 Nr. 2 NHeimG werden gestrichen. Es besteht kein Grund, die rechtliche Qualifizierung als Heim von der Höhe der Entgelte für allgemeine Unterstützungs-

leistungen abhängig zu machen, die sich aufgrund von Marktmechanismen bilden und zum Bereich der Privatautonomie gehören. Da die Regelungen zu alternativen Wohnformen pflegebedürftiger Menschen künftig auch für Menschen mit Behinderungen entsprechend gelten, war der bisherige Absatz 4 zu streichen.

Absatz 5

Durch die Neufassung der Absätze 3 und 4 löst sich der Gesetzentwurf nicht von dem Grundsatz, dass ambulant betreute selbstbestimmte Wohnformen auch weiterhin vom Anwendungsbereich des Gesetzes ausgenommen sind. Ambulant betreute Wohngemeinschaften pflegebedürftiger Menschen sind gemäß Absatz 5 selbstbestimmt, wenn der ambulante Dienstleister sowie Art und Umfang seiner Leistungen frei wählbar sind. In diesen Fällen besteht eine den Schutzzweck der Norm auslösende, auf Dauer angelegte strukturelle Abhängigkeit von einem Betreiber oder einer Betreibergemeinschaft nicht.

Die an alternativen Wohnformen Interessierten müssen sich daher vor Einzug in eine ambulant betreute Wohngemeinschaft, die z. B. von einem Dritten betrieben wird oder in der miteinander rechtlich oder tatsächlich verbundene Personen oder Unternehmen Leistungen der Wohnraumüberlassung und der ambulanten Betreuung erbringen, darüber klar werden, ob sie die mit dieser Leistungsgestaltung verbundene temporäre, höchstens auf zwei Jahre begrenzte Einschränkung ihres Selbstbestimmungsrechts hinnehmen wollen. Hierbei handelt es sich um eine freie Entscheidung, die jede Bewohnerin und jeder Bewohner entsprechend seiner konkreten Bedürfnisse treffen muss.

Als Äquivalent für die temporäre Beschränkung des Selbstbestimmungsrechts während der Gründungsphase haben die Mitglieder der Wohngemeinschaft keinerlei persönlichen Arbeits-, Organisations- oder finanziellen Aufwand im Zusammenhang mit der Gründung der Wohngemeinschaft, wenn sie eine Betreuungsform aus einer Hand wählen. Auch diese Tatsache mag bei der Wahl und der Entscheidung für eine bestimmte alternative Wohnform in die Entscheidungsfindung einfließen. Soweit von Anfang an nicht vorgesehen ist, den Bewohnerinnen und Bewohnern nach Ablauf der Gründungsphase ein freies Wahlrecht einzuräumen, ist die Wohngemeinschaft ein Heim nach Absatz 3.

Es ist zu beachten, dass sich die Bewohnerinnen und Bewohner spätestens nach Abschluss der zweijährigen Gründungsphase ganz bewusst auch für die Wahl des Betreuungsdienstes ihres Vermieters entscheiden können oder einen ambulanten Dienstleister wählen, der mit dem Vermieter rechtlich oder tatsächlich verbunden ist. Dies löst, anders als bisher, nicht den Geltungsbereich des Gesetzes aus.

Der Gesetzentwurf verhält sich zu der Frage, zu welchem Zeitpunkt eine freie Wahl innerhalb von zwei Jahren nach Gründung der Wohngemeinschaft möglich ist, neutral und überlässt

die Regelung der Gestaltung der Vertragsparteien. Die Frage des Zeitpunkts der freien Wahl werden die an ambulant betreuten Wohnformen Interessierten bei der Entscheidung über das von ihnen zu wählende Betreuungssetting zu berücksichtigen haben. Die Bewohnerinnen und Bewohner müssen sich darüber im Klaren sein, dass sie bei der Wahl von Wohnformen mit eingeschränktem Selbstbestimmungsrecht in den ersten zwei Jahren selbst gefordert sind, mit dem ambulanten Dienstleister oder dem Betreiber Veränderungen zu verhandeln oder mit Auszug aus der Wohngemeinschaft zu reagieren, wenn sie mit diesen oder den von ihnen angebotenen Leistungen nicht einverstanden sind. Zur Überprüfung der Frage, ob der ambulante Betreuungsdienst die Leistungs- und Qualitätsanforderungen nach dem Elften Buch des Sozialgesetzbuchs erfüllt, haben die Bewohnerinnen und Bewohner auch innerhalb des Zwei-Jahres-Zeitraums gemäß § 114 a Abs. 2 Satz 4 SGB XI die gleichen Möglichkeiten wie Pflegebedürftige, die in ihrem angestammten Haushalt gepflegt werden.

Die mit der Einschränkung des Selbstbestimmungsrechts verbundenen Nachteile gegenüber von Anfang an selbstbestimmten Wohnformen sind vorübergehend hinzunehmen, so lange sichergestellt ist, dass die Bewohnerinnen und Bewohner bei einer in freier Wahl getroffenen Entscheidung für oder gegen den jeweils tätigen Betreuungsdienst sicher sein können, unter keinen wie auch immer gearteten Umständen den Wohnraum zu verlieren oder anderweitigen Nachteilen ausgesetzt zu sein.

Eine freie Wahl des ambulanten Dienstleisters oder der von diesem individuell zu erbringenden Leistungen ist z. B. dann nicht möglich, wenn eine Kündigung des ambulanten Dienstleistungsvertrags oder die Beauftragung eines anderen Dienstleisters zu einer Kündigung des Mietvertrags führt oder eine solche durch gesonderten Rechtsakt des Vermieters erfolgt, für den es nicht eine aus anderen Gründen gerechtfertigte Begründung gibt. Auch nach Ablauf des Zwei-Jahres-Zeitraums oder nach erfolgter Wahlentscheidung der Wohngemeinschaft muss die freie Wahl des ambulanten Dienstleisters sowie des Leistungsumfangs jederzeit möglich sein. An die Freiheit der Wahl sind hohe Anforderungen zu stellen. Wenn Bewohnerinnen und Bewohner gedrängt werden, sich für einen bestimmten ambulanten Dienstleister zu entscheiden, wenn ihnen bei einem bestimmten Wahlverhalten formell oder informell Nachteile oder Vorteile in Aussicht gestellt werden, der Vermieter oder ambulante Dienstleister Stimmrecht im Entscheidungsgremium hat oder Vermieter oder ambulante Dienstleister oder für diese handelnde Dritte versuchen, die Entscheidungsfindung der Wohngemeinschaft anderweitig zu beeinflussen oder ein bestimmtes gewünschtes Ergebnis herbeizuführen, kann von einer freien Wahl nicht mehr ausgegangen werden. Jeder Leistungsanbieter muss sich darüber im Klaren sein, dass eine Wahlbeeinflussung zur Anwendung des Niedersächsischen Heimgesetzes führt. Wohngemeinschaften oder Formen des betreuten Wohnens, bei denen sich nach Durchführung der Wahl herausstellt, dass

diese unter Verstoß gegen den Grundsatz der Wahlfreiheit zu einem bestimmten, vorgegebenen Ergebnis geführt hat, sind Heime im Sinne des Absatzes 3 oder 4.

Soweit es sich um Formen des betreuten Wohnens für pflegebedürftige oder nicht pflegebedürftige Menschen handelt, bei denen in den ersten zwei Jahren nach Einzug über allgemeine Unterstützungsleistungen hinausgehende Leistungen verpflichtend im Verbund gewährt werden, muss hinsichtlich dieser Leistungen nach zwei Jahren ein in rechtlicher und tatsächlicher Hinsicht freies Wahlrecht gewährt werden, um das Tatbestandsmerkmal der Selbstbestimmung zu erfüllen. In ambulant betreuten Wohngemeinschaften oder betreuten Wohnformen von Menschen mit Behinderungen beschränkt sich das Wahlrecht auf die freie Wahl des ambulanten Dienstleisters.

Durch die Gesetzesänderung ist zu erwarten, dass der ambulante Sektor in Niedersachsen stark expandieren wird, wenn die angebotenen Wohnformen auf Interesse und Akzeptanz stoßen. So vielfältig, wie die angebotenen Wohnformen sein können, so unterschiedlich können auch ihre Entstehungsgeschichte und die Rahmenbedingungen sein. Deren Entstehung soll nicht bereits zu einem frühen Zeitpunkt der Gründung durch bürokratische Hemmnisse behindert werden. Unter Berücksichtigung des Rechtsgedankens des § 7 Abs. 5 Satz 1 NHeimG ist eine Wohngemeinschaft nach Absatz 5 dann gegründet, wenn in ihr mehr als vier pflegebedürftige volljährige Menschen oder volljährige Menschen mit Behinderungen leben. Auch wenn bereits vor dem Einzug feststeht, dass die Wohngemeinschaft mehr als vier dieser Menschen umfassen wird, kann der Gründungsakt nicht vor dem tatsächlichen Einzug in das Gebäude liegen. Soweit ein Heim nach Absatz 3 oder 4 betrieben werden soll, ist § 7 Abs. 5 Satz 2 zu beachten.

Der Hinweis, dass auch die für die Bewohnerinnen und Bewohner handelnden Personen, also Vorsorgebevollmächtigte oder rechtliche Betreuerinnen und Betreuer, die ambulanten Betreuungsdienste sowie Art und Umfang der Leistungen jederzeit frei wählen können, ist aktuellen Entwicklungen in der niedersächsischen Rechtsprechung geschuldet.

Nach dieser Rechtsprechung müssen die für die Betreuten handelnden und entscheidenden Personen rund um die Uhr erreichbar und zu entsprechenden Entscheidungen oder zu entsprechenden Eingriffen auch fähig sein, soweit sie Personen betreuen, die nicht mehr in der Lage seien, ihre Angelegenheiten selbst zu regeln, aufgrund ihrer gesundheitlichen Lage unter rechtlicher Betreuung stünden und/oder nicht (mehr) kommunikationsfähig seien (VG Oldenburg, Urteil v. 21. Mai 2012 – 12 A 1136/11). Eine solche Verfügbarkeit sei grundsätzlich nur leistbar, wenn die Personen mit den Pflege- oder Betreuungsbedürftigen zusammen wohnten. Jedenfalls sei es nicht ausreichend, wenn Angehörige und Betreuer – wenn auch in regelmäßigen Abständen – bei entsprechenden Treffen aufgelaufene Fragen zu grundsätzlichen oder speziellen Problemen „abarbeiten“. Daher sei nach dieser Rechtsprechung

das Modell der Bewohnerversammlung für Betroffene, die ihr Selbstbestimmungsrecht überhaupt nicht mehr ausüben könnten, nicht ausreichend.

Durch die in den Gesetzentwurf aufgenommene Ergänzung wird entsprechend der Vereinbarungen des Koalitionsvertrags eine Klarstellung vorgenommen. Für die Bewohnerinnen und Bewohner handelnde Personen, auch soweit Menschen mit demenzbedingten Fähigkeitsstörungen betroffen sind, sind umfassend im Rahmen der geltenden gesetzlichen Bestimmungen zur Wahrnehmung der Interessen der ihnen anvertrauten Menschen berechtigt und verpflichtet, ohne darüber hinausgehende Bedingungen, wie sie etwa das Wohnen in der Wohngemeinschaft selbst darstellt, erfüllen zu müssen. Das Stadium der demenziellen Erkrankung ist dabei nicht entscheidend. Solange die handelnden Personen, auch soweit sie für Menschen mit demenzbedingten Fähigkeitsstörungen handeln, im Rahmen der Bewohnerversammlung die ihnen gegenüber ihren Betreuten obliegenden Pflichten wahrnehmen, ist nicht erkennbar, warum das Modell der Bewohnerversammlung für Betroffene, die ihr Selbstbestimmungsrecht ohne Unterstützung im Rahmen eines Betreuungsverhältnisses nicht mehr ausüben können, nicht ausreichend sein soll.

Durch Verzicht auf den Gemeinschaftsbezug des bisherigen § 1 Abs. 3 Nr. 3 NHeimG wird klargestellt, dass es ausschließlich Sache der Bewohnerinnen und Bewohner ist, Regelungen zur internen Verfassung und zur Meinungsbildung innerhalb der Wohngemeinschaft zu finden. Es ist mit dem Prinzip der Selbstbestimmung per se nicht vereinbar, den Bewohnerinnen und Bewohnern Regeln zu ihrer Entscheidungsfindung gesetzlich vorzuschreiben.

Durch Satz 2 wird klargestellt, dass hinsichtlich der über allgemeine Unterstützungsleistungen des Absatzes 4 hinausgehenden Leistungen – wie bisher – ebenfalls ein freies Wahlrecht, künftig allerdings erst zwei Jahre nach dem Einzug, bestehen muss.

Zu Buchstabe d (Absatz 6):

Bei der Änderung in Gestalt der Streichung des Wortes „selbstbestimmte“ handelt es sich um eine Folgeänderung wegen der Streichung des Wortes „selbstbestimmter“ in § 3 Nr. 3 NHeimG. Zugleich wird durch den Hinweis auf ambulant betreute Wohnformen im Sinne des Absatzes 5 eine Anzeigepflicht gemäß § 7 Abs. 5 auch für die ambulanten Dienstleister begründet, die in Formen des betreuten Wohnens entgeltliche Pflege-, Betreuungsleistungen oder Leistungen der Eingliederungshilfe erbringen oder erbringen wollen.

Zu Nummer 3 (§ 3):

In § 3 Nr. 3 wurde das Wort „selbstbestimmter“ gestrichen und der behördliche Beratungsauftrag durch den Hinweis auf § 1 Abs. 5 des Gesetzentwurfs konkretisiert. Dies bedeutet im Umkehrschluss allerdings nicht, dass die Bewohnerinnen und Bewohner selbstbestimmter

ambulant betreuter Wohngemeinschaften sowie deren Vermieterinnen und Vermieter oder ambulante Dienstleister keinen Beratungsanspruch mehr haben. Bereits aus der amtlichen Begründung zum Niedersächsischen Heimgesetz vom 29. Juni 2011 (vgl. LT-Drs. 16/2493) ergibt sich, dass alle Personen einen Anspruch haben, von der zuständigen Behörde über in ihrem Zuständigkeitsbereich bestehende Wohnformen sowie über die dort bestehenden Besonderheiten beraten zu werden, wenn sie ein berechtigtes Interesse an dieser Beratung geltend machen können. Dabei ist der Begriff des berechtigten Interesses weit auszulegen, damit niemand, der Fragen oder Probleme hat, die den Aufgabenbereich der Heimaufsichtsbehörde innerhalb ihrer Zuständigkeit nach dem Niedersächsischen Heimgesetz berühren, mit dem Wunsch nach Information und Beratung zurückgewiesen wird. Die vorstehend bezeichneten Personengruppen können daher künftig einen Beratungsanspruch aus Nummer 2 geltend machen.

Zu Nummer 4 (§ 4):

Zu Buchstabe a (Absatz 1):

Gemäß § 4 Abs. 1 Satz 1 gelten die Regeln zur Mitwirkung der Bewohnerinnen und Bewohner künftig ausschließlich in Heimen gemäß § 1 Abs. 2 des Gesetzentwurfs.

Zu Buchstabe b (Absatz 6):

Künftig kann die Heimaufsichtsbehörde auf mehrheitlichen Antrag der Bewohnerinnen und Bewohner von Heimen gemäß § 1 Abs. 1 Satz 2 eine Bewohnerfürsprecherin oder einen Bewohnerfürsprecher bestellen. Satz 2 legt fest, welche Regelungen der Verordnung über die Mitwirkung der Bewohnerinnen und Bewohner in Angelegenheiten des Heimbetriebs (Heimmitwirkungsverordnung) in diesen Heimen entsprechend anzuwenden sind (siehe insoweit auch ergänzende Regelungen in § 17 Abs. 3 Nr. 3).

Zu Nummer 5 (§ 5):

Die bisherige landesgesetzliche Bezeichnung „behinderte Menschen“ wird in den Nummern 3, 6 und 9 redaktionell angepasst an die auch in der UN-Behindertenrechtskonvention verwendete Bezeichnung „Menschen mit Behinderungen“.

Des Weiteren wird der Text der Nummer 6 an die sozialhilferechtlich vorgegebene Systematik angepasst. Der Text des Gesetzentwurfs berücksichtigt dabei die Tatsache, dass der sachlich zuständige Sozialhilfeträger im Rahmen des Gesamtplans gemäß § 58 des Zwölften Buchs des Sozialgesetzbuchs für die Teilhabe- und Hilfeplanung der Leistungen der Eingliederungshilfe zuständig ist, während innerhalb des Heims auf Grundlage dieser

Planung mittels interner Förder- und Hilfepläne zu dokumentieren ist, mit welchen Maßnahmen die Ziele der Gesamtplanung erreicht werden sollen.

Zu Nummer 6 (§ 7):

Zu Buchstabe a (Absatz 5):

In Satz 1 ist die bisherige landesgesetzliche Bezeichnung „behinderte Menschen“ redaktionell angepasst worden an die auch in der UN-Behindertenrechtskonvention verwendete Bezeichnung „Menschen mit Behinderungen“. Darüber hinaus war der Begriff der Betreuung aus redaktionellen Gründen anzupassen.

Die Nummern 1 bis 5 werden gestrichen.

Der Träger des ambulanten Dienstes ist gemäß Satz 3 Nr. 1 künftig verpflichtet, das Gründungsdatum einer ambulant betreuten Wohngemeinschaft anzuzeigen, damit die Heimaufsichtsbehörde gegebenenfalls Kenntnis davon nehmen kann, wann die zweijährige Gründungsphase abgelaufen ist. Die Anzeigepflicht des Satzes 1 hat sich in der Praxis bewährt. An ihr wird festgehalten. Gründe, eine vor diesem Zeitpunkt liegende Verpflichtung zur Anzeige des Gründungsdatums in den Gesetzentwurf aufzunehmen, sind nicht erkennbar.

Die Einführung einer Anzeigepflicht auch hinsichtlich der Namen der Bewohnerinnen und Bewohner ist erforderlich, um eine Umgehung oder Beeinträchtigung der freien Wahl durch Dritte zu verhindern.

Durch die mit Nummer 2 eingeführte Vorlagepflicht einer anonymisierten Kopie der Mietverträge sind der Heimaufsichtsbehörde Name und Anschrift der Vermieterin oder des Vermieters bekannt. Die Anschrift der Wohngemeinschaft ergibt sich aus den Mietverträgen oder den Verträgen mit dem Leistungserbringer. Die Anzahl der Bewohnerinnen und Bewohner ergibt sich aus den Angaben zu Nummer 1, die Zahl der Pflegebedürftigen in den einzelnen Pflegestufen aus den anonymisierten Kopien der Verträge über die Leistungserbringung nach Nummer 2.

Zu Buchstabe b (Absatz 6):

Der Träger des ambulanten Dienstes ist gemäß Absatz 6 Satz 1 des Weiteren verpflichtet, der Heimaufsichtsbehörde spätestens zwei Jahre nach Gründung der ambulant betreuten Wohngemeinschaft oder nach Einzug in die Form des betreuten Wohnens im Fall einer Wahl anzuzeigen, ob sich die Bewohnerinnen und Bewohner für ihn als aktuell tätigen Betreuungsdienst oder einen anderen ambulanten Dienstleister entschieden haben. Angaben zu Art und Umfang der Leistungen sind erforderlich, um die weiteren Voraussetzungen des § 1

Abs. 5 NHeimG prüfen zu können. Der Anzeige ist gemäß Satz 2 eine formfreie Bestätigung der Bewohnerinnen und Bewohner beizufügen, aus der sich ergibt, dass die Wahl ohne Einflussnahme Dritter, insbesondere der Vermieterin oder des Vermieters oder des ambulanten Betreuungsdienstes, durchgeführt worden ist. Sollte es im zeitlichen Zusammenhang mit der Wahl zu signifikanten Bewohnerwechseln kommen, die Bestätigung nicht seitens aller Bewohnerinnen oder Bewohner der Wohngemeinschaft erfolgen oder gar ganze Wohngemeinschaften desselben Vermieters das Mietobjekt wechseln, kann die Heimaufsichtsbehörde der Frage nachgehen, ob derartige Ereignisse auf die Veranlassung oder die Einflussnahme Dritter auf die Wohngemeinschaft insgesamt oder einzelne Bewohnerinnen und Bewohner derselben zurückzuführen sind. Wenn die Anzeige binnen zwei Jahren nach Gründung nicht erfolgt, obwohl der Mustervertrag oder die Verträge eine Wahloption vorsehen, kann die Heimaufsichtsbehörde prüfen, ob die Wohngemeinschaft oder die Form des betreuten Wohnens ein Heim ist. Betreiber oder miteinander verbundene Leistungserbringer, die von vornherein das Recht der Bewohnerinnen und Bewohner auf freie Wahl des ambulanten Betreuungsdienstes nicht vorsehen oder eine dauerhafte Einschränkung des Selbstbestimmungsrechts beabsichtigen, unterliegen der Anzeigepflicht gemäß Absatz 1 Satz 1.

Zu Nummer 7 (§ 9):

Die Prüfungen der Heimaufsichtsbehörden gemäß § 9 umfassen in Heimen gemäß § 1 Abs. 2 auch den Regelungsgehalt der nach § 17 Abs. 2 weiter anzuwendenden Verordnungen. Der Prüfungsumfang nach den Verordnungen wird in Heimen im Sinne des § 1 Abs. 3 und 4 durch die Ergänzung des § 9 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 um den Hinweis auf § 17 Abs. 3 konkretisiert.

Zu Nummer 8 (§ 13):

Die Ergänzung um den Hinweis auf § 17 Abs. 3 Nrn. 1 und 2 war erforderlich, um der Heimaufsichtsbehörde die Möglichkeit zu geben, Heimbetriebe im Sinne des § 1 Abs. 1 Satz 2 zu schließen, wenn dort gegen Bestimmungen der weiter entsprechend anzuwendenden Verordnungen verstoßen wird.

Zu Nummer 9 (§ 17):

Zu Buchstabe a (Absatz 2):

Durch die Neufassung wird die Geltung der in den Nummern 1 bis 3 genannten Verordnungen auf Heime gemäß § 1 Abs. 2 des Gesetzentwurfs beschränkt.

Zu Buchstabe b (Absatz 3):

Absatz 3 trägt der Tatsache Rechnung, dass es sich bei Heimen im Sinne des § 1 Abs. 1 Satz 2 um Angebote handelt, die – insbesondere bei ambulant betreuten Wohngemeinschaften – ihrem Wesen und Charakter nach der familiär geprägten Versorgung in der häuslichen Umgebung nahe kommen. Als Alternative zur klassischen stationären Versorgung bedürfen sie zu ihrer Entstehung im Bereich der Verordnungen ordnungsrechtlich abgestufter Lösungen. Durch Absatz 3 des Gesetzentwurfs wird geregelt, welche Bestimmungen der in Absatz 2 Nrn. 1 bis 3 genannten Verordnungen in Heimen im Sinne des § 1 Abs. 1 Satz 2 künftig als unverzichtbares Mindestmaß Geltung finden.

In Heimen im Sinne des § 1 Abs. 1 Satz 2 mit mehr als sechs Bewohnerinnen und Bewohnern gelten gemäß Nummer 1 die Regelungen der Heimmindestbauverordnung, die die Zugänglichkeit der Wohn- und Pflegeplätze von Fluren, die Erforderlichkeit von Aufzügen und die Temperatur der Innenräume betreffen. Aus dem Bereich der Heimpersonalverordnung gelten lediglich die Regelungen zur Eignung des Heimleiters sowie zu den persönlichen Ausschlussgründen.

Soweit die Heimaufsichtsbehörde auf Antrag der Mehrheit der Bewohnerinnen und Bewohner eines Heims im Sinne des § 1 Abs. 1 Satz 2 eine Bewohnerfürsprecherin oder einen Bewohnerfürsprecher bestellt, normiert Nummer 3 die für eine erfolgreiche Tätigkeit im Interesse und zum Wohle der Bewohnerinnen und Bewohner unverzichtbaren Regelungen der Heimmitwirkungsverordnung. Neben Verfahrensvorschriften und solchen zur Amtszeit, Eignung und Unterstützung der Bewohnerfürsprecherin oder des Bewohnerfürsprechers durch den Heimbetreiber gelten auch im stationären Bereich übliche Regelungen zu Kernaufgaben, wie die Entgegennahme von Anregungen und Beschwerden mit dem Ziel der Erledigung im Zusammenwirken mit Heimleitung oder Heimbetreiber. Darüber hinaus gelten Regelungen zur Mitwirkung in zentralen Bereichen des täglichen Lebens im Heim, wie z. B. bei der Alltags- und Freizeitgestaltung, der Unterkunft, Betreuung und Verpflegung, bei umfassenden baulichen Veränderungen oder Maßnahmen zur Förderung einer angemessenen Qualität der Betreuung.

Zu Nummer 10 (§ 19):

In Satz 1 Nr. 1 ist die bisherige landesgesetzliche Bezeichnung „behinderte Menschen“ redaktionell angepasst worden an die auch in der UN-Behindertenrechtskonvention verwendete Bezeichnung „Menschen mit Behinderungen“.

Zu Artikel 2:

Artikel 2 regelt das Inkrafttreten des Gesetzes.